

Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

Holzhammer gegehen Jugendliche

In Deutschland sind wir mit 18 volljährig, wahrberchtigt, selbstverantwortlich – kurz: ein freier Mensch.

Das gilt aber nicht, wenn man arbeitslos ist und in die Fänge der ARGE gerät.

Schon mit 15 Jahren kommst Du in diesem Fall in ihre Fänge – die Fänge der Sonderabteilung U 25 in der ARGE. Mit 15 Jahren versuchen die meisten Jugendlichen herauszufinden, was ihnen gefällt. Sie beginnen sich über ihre Zukunft Gedanken zu machen. Pech, wenn Du nicht sofort nach der Schule eine Arbeit oder gar eine Lehrstelle findest.

Was Bundeswehr, Schule, Elternhaus nicht schaffen, die ARGE wird's richten. Sich ausprobieren, die eigenen Stärken kennen lernen, das ist nur was für Jugendliche aus besser verdienenden Haushalten. Da üben zwar die Eltern den Druck aus, aber bis dahin hat man sich in der Regel damit arrangiert.

Solltest Du aber auf die ARGE angewiesen sein droht Entmündigung in ganz großem Stil. Frei nach dem Motto: Und bist Du nicht willig, so gebrauche ich Gewalt, ist es möglich, verschärfte Sanktionen über die unter 25-jährigen zu verhängen.

Ein Auszug aus der elterlichen Wohnung ist nur in absoluten Härtefällen unter Offenlegung sehr privater Lebens- und Familienumstände möglich.

Gerne wird dem ungebeugten jungen Menschen auch mal ein 1-Euro-Job angedreht. Unter dem Vorwand der Berufserfahrung, wird Ausbeutung an Menschen betrieben, die unserer Zukunft sein sollen. Man soll sich gar

nicht erst an eine Bezahlung gewöhnen, die den Lebensunterhalt sichert.

Wer arbeiten will und sich selbst vertritt, findet schon Arbeit. Das Alles passiert unter dem Deckmantel der „Erziehung“.

Liebe ARGE, Danke für die Mühe, aber wir schaffen das schon selbst. Lehrstellen oder vermünftig bezahlte Arbeit könnt ihr uns Jugendlichen auch nicht bieten.

**Wir brauchen eure
Erziehung nicht!**

Im pre ssum

Herausgeber:



Die KEAs
Köln er Erwerbslose
in Aktion e.V.

Redak tion:

Köln er Erwerbslose n-Anzeiger
Steprathstr. 11, 51103 Köln
info@die-keas.org
www.die-keas.org

Der Köln er Erwerbslose n-Anzeiger
erscheint monatlich im Selbstver-
lag. Redaktion: Antje Lösche (dru,
Chefredakteurin), HP Fischer (hpf),
H. Naumann (nau), J. Lubig (jlk).
Redaktionsschluß: Eine Woche vor
Monatseende.

Bezugsque lle n

Wir verteilen den KEA vor der
Arbeitsagentur Luxemburger Str.
und anderen Agenturen/ARGEn. Zu-
dem liegt der KEA u.a. hier aus:

Naturfreundehaus, Kape llens tr. 9a
(Kalk)

Be rich te / Brie fe

Ihr habt etwas Unglaubliches in der
ArGe oder der Agentur erlebt? Ihr
wolltet schon immer mal die Presse
einschalten, doch die Presse igno-
riert Euch? Schreibt uns per Email
oder Post. Adressen siehe oben.

Offe ne s Tre ffen

Jeden Donnerstags tag veransalteten wir
ein offenes Treffen für Inter-
essierte: Beginn: 17:00 Uhr pm
Naturfreundehaus, Kape llens tr. 9a
(Kalk).

Es geht auch ohne 1-€Jobs!

SSK - Sozialistische Selbsthilfe Köln

Sallering 37/41 (nahe Barba-
rossapl.) Tel. Köln 21 31 75. Ge-
braucht im Obel und Trödeladen Di-Fr
10-13 Uhr und 14-18 Uhr. Sa 11-14
Uhr (nur Möbelager).

www.sozialistische Selbsthilfe koeln.de

Endlich e in ges tande ne r Fe ind!

Endlich Erlösung! Seit 9/27 ist Schluss
mit den Sozialdemokraten und ihren
Fremgesteuerten Gewerkschaftsvertre-
teln, sich bei Bedarf zu öffnen, um
Druckentweichen zu lassen, und dann
wiederum schnell zu schließen. Wir ha-
ben wieder einen echten Gegner!
Einen, der sagt wo's langt geht und
einen, der sagt, dass es uns richtig dre-
ckig gehen soll.

Das hat die SPD nie getan! Die ließ
sich bisher mit Phrasen von "sozialer
Gerechtigkeit" wählen, um hiermach
'Hartz IV durchzudrücken und den Be-
troffenen gewaltig auf die Fresse zu ge-
ben. Wahlschlug! Diesmal war's halt
umgekehrt, hat die SPD fürchterlich ei-
ne draufbekommen.

Wer hat uns verraten? ...

Die Wut auf jene Spezies ist dem ent-
sprechend groß. Um so unverständlich

cher, wenn jetzt in diversen
Interneten (von und für Erwerbs-
lose) nicht die SPD, sondern das ver-
meintlich "dumme Wahlvolk"
verantwortlich gemacht werden soll
für das Ergebnis zur Bundestags-
wahl 2009. Schröder und Münte und
Co. etwa können nix für? Und man
hätte sie - mal eben gerade um 30
Prozent "sanktioniert" - der Strate-
gie zu Liebe wieder wählen sollen?
Quatsch! Jene, die so etwas erwar-
ten, sind die, die ihre Henker selber
wählen. Nicht die Nicht-SPD-Wähler
und schon gar nicht die Nicht-Wäh-
ler!

Freuen wir uns gemeinsam auf ein
solidarisches Zusammenschließen!
Wir treffen uns auf der Straße! Ter-
mine: demnächst!

(KEA)



Am 9. Oktober 1967 wurde der ar-
gentinische Revolutionär Che Gueva-
ra ermordet.

"Die Hauptwirkung der Sank-
tionen besteht jedoch vermüt-
lich darin, eine allgemeine
Atmosphäre des Drucks zu er-
zeugen, in der die Konzessi-
onsbereitschaft von Arbeits-
losen gegenüber potenziellen
Arbeitgebern erhöht wird."

Aus einem Bericht des Insti-
tuts für Wirtschaftsforschung
in Halle

Die Herrschenden selbst glauben an keine objektive Notwendigkeit, wenn sie
auch zuweilen so nennen, was sie aushecken. Sie spielen sich als die Ingenieure
der Weltgeschichte auf. Nur die Beherrschten nehmen die Entwicklung, die sie
mit jeder dekretierten Steigerung der Lebenshaltung um ein Grad ohnmächtiger
macht, als unantastbar notwendige hin. Nach dem man den Lebensunterhalt de-
rer, die zur Bedienung der Maschinen überhaupt noch gebraucht werden, mit ei-
nem minimalen Teil der Arbeitszeit verfertigen kann, die den Herren der
Gesellschaft zur Verfügung steht, wird jetzt der überflüssige Rest, die ungehe-
re Masse der Bevölkerung als zusätzliche Garde fürs System gedrillt, um dessen
großen Plänen heute und morgen als Material zu dienen. Sie werden durchge-
fütert als Armee der Arbeitslosen. Ihre Herabsetzung zu bloßen Objekten des Ver-
waltungswesens, die jede Sparte des modernen Lebens bis in Sprache und
Wahrnehmung präformiert, spiegelt ihnen die objektive Notwendigkeit vor, ge-
gen die sie nicht zu vermögen glauben. Das Elend als Gegensatz von Macht
und Ohnmacht wächst ins Ungemessene zusammen mit der Kapazität, alles
Elend dauernd abzuschaffen. Undurchdringlich für jeden Einzelnen ist der Wald
von Cliquen und Institutionen, die von den obersten Kommandohäfen der Wirt-
schaft bis zu den letzten professionellen Rackets für die grenzenlose Fortdauer
des Status sorgen. Ein Proletarier ist schon vor dem Gewerkschaftsbonzen, fällt
er diesem einmal auf, geschweige vor dem Manager, nichts mehr als ein über-
zähliges Exemplar, während der Bonze wie wiederum vor seiner eigenen Liquidation
erzittern muß.

Horkheimer / Adorno, Dialektik der Aufklärung, New York, 1944

Nur die halbe Miete

Ein leidiges Thema. Die Kosten der Unterkunft: Oft zahlt die ARGE nicht die ganze Miete und/oder nur einen Teil der Heizkosten. Das ist in den seltensten Fällen gerechtfertigt. Der folgende Artikel behandelt die Rechtsgrundlagen unter Berücksichtigung der Kölner Verhältnisse.

Grundlagen

Bezieher von ALG-II erhalten neben der Regelleistung und ggf. Zuschlägen noch die Kosten der Unterkunft.

Rechtsgrundlage ist der § 22 SGB II (siehe Kästen). Die Stadt Köln gibt eine "Richtlinie zur Berücksichtigung der Kosten der Unterkunft im SGB II" heraus, aktuell in der Fassung vom 6.5.2009.

Zudem gibt es eine Fülle von Urteilen zu diesem Thema.

Was zu den Kosten der Unterkunft gehört

Zu den Kosten der Unterkunft (KdU) gehören die Grundmiete (Nettomiete), die Betriebskosten (Nebenkosten kalt, also z.B. Müllabfuhr) und die Kosten für die Heizung.

Es können aber auch weitere Kosten dazu gehören: Kabelanschlusskosten und Kabelnutzungsgebühren (wenn sie im Mietvertrag für den Mieter zwingend vorgeschrieben sind) und mietverträglich geforderte Zuschläge für Schallschutzmaßnahmen.

Garagen- und Stellplatzmiete gehören nur dazu, wenn die Wohnung nicht ohne die Garage oder den Stellplatz angemietet werden kann und die Miete insgesamt noch angemessen ist. Die KdU-Richtlinie spricht davon, dass "In einem solchen Fall der Mieter den Stellplatz oder die Garage untervermieten soll, um seiner Selbsthilfeverpflichtung zur Kostensenkung nachzukommen."

Nicht zu den KdU gehören Haushaltsstrom (ohne Heizung) und die Kosten der Warmwasserbereitung.

Bei Untermietverhältnissen gelten die Regeln genau so. Hier ist lediglich darauf zu achten, ob in der Miete Anteile enthalten sind, die nicht zu den Kosten der Unterkunft gehören, wie z.B. Haushaltsstrom (ohne Heizung), Frühstück, Wäsche usw.

Enthält der Mietvertrag einen "Möbliertzuschlag", so gehört dieser zu den KdU und zwar "ohne eine entsprechende Kürzung des im Regelbedarfs enthaltenen Anteils für Hausrat, Ersatzbeschaffung etc. vorzunehmen" [KdU-Richtlinie]. Also: Voller Regelsatz und volle Miete.

Bei selbst bewohntem Eigentum (Haus, Eigentumswohnung), Unterbringung in Heimen, Obdachlosenunterkünften u.ä. sind die Regelungen etwas komplizierter, hier sei auf die KdU-Richtlinie verwiesen.

Die KdU sind grundsätzlich zu gleichen Anteilen auf alle im Haushalt lebenden Personen aufzuteilen. Ausnahmen gibt es bei Wohnungseinschäften und bei Kindern, die Pflegegelde erhalten.

Für Wohnungseinschäften gilt: "Der Einzelne Bewohner einer Wohnungseinschaffung ist hinsichtlich Ermittlung der angemessenen KdU wie eine Einzelperson zu betrachten." [KdU-Richtlinie] Also ergibt sich die KdU und die Wohnraumgröße nicht aus der Gesamtzahl der WG-Bewohner (z.B. nicht 4 Personen Bedarfsgemeinschaft = 90 qm, sondern 4 Einzelpersonen zu je 45 qm = 180 qm.)

Die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft

Als Grundsatz gilt: "Die Ermittlung der angemessenen Unterkunfts-kosten ist teilweise im Einzelfall vorzunehmen (BSG B 7b AS 18/06 R), sodass bei jeder Einzelfallprüfung sämtliche Kriterien zu berücksichtigen sind, die zu einem Abweichen von den nachfolgend genannten Richtwerten führen können." [KdU-Richtlinie]

Die Stadt Köln geht von folgenden Richtwerten (nichtobergrenze!) aus:

Die Wohnfläche beträgt für die erste Person 45 qm, für jede weitere Person 15 qm. Als angemessene Kaltmiete (Grundmiete mit Betriebskosten, ohne Heizung) nimmt die Stadt Köln EUR 6,90 pro qm an. Für die Kosten der Heizung geht die Stadt Köln von EUR 1,30 pro qm aus.

Hier ein Beispiel: Eine Bedarfsgemeinschaft besteht aus 3 Personen und bewohnt eine Wohnung von 70 qm, die warm EUR 550 kostet. Die Wohnung darf bis zu 75 qm groß sein. Damit ist die Größe nicht zu beanstanden. Die Miete berechnete sich nach der tatsächlichen Größe, hier also 70 qm mal EUR 6,90, das sind EUR 483,00 plus Heizkosten von 70 qm mal EUR 1,30, das sind EUR 91,00, zusammen also EUR 574,00. Damit ist die Miete die auch

nicht zu beanstanden.

Würde die Wohnung im Beispiel oben eine Größe von 100 qm haben, aber nicht mehr kosten als warm EUR 574,00, so wäre sie immer noch nicht zu beanstanden.

Bei Einzelpersonen wird auch bei kleineren Wohnungen immer von 45 qm ausgegangen.

Überschreitet eine Wohnung die von der Stadt Köln angegebene Richtwerte, so ist sie dadurch nicht automatisch unangemessen. Es "ist im Einzelfall zu prüfen, ob ein Abweichen vom Richtwert aufgrund vorliegender Besonderheiten notwendig sein kann. Bei dieser Prüfung müssen alle Lebensumstände berücksichtigt werden." [KdU-Richtlinie]

Jochen Lubig

In der nächsten Ausgabe: Heiz- und Nebenkosten, Senkung der KdU, Umzug und weitere Teile des § 22 SGB II.

§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung

(1) Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind. Erhöhen sich nach einem nicht erforderlichen Umzug die angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, werden die Leistungen weiterhin nur in Höhe der bis dahin zu tragenden angemessenen Aufwendungen erbracht. Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf des alleinstehenden Hilfesuchenden oder der Bedarfsgemeinschaft so lange zu berücksichtigen, wie es dem alleinstehenden Hilfesuchenden oder der Bedarfsgemeinschaft nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Rückzahlungen und Guthaben, die den Kosten für Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind, indem die nach dem Monat der Rückzahlung oder der Gutschrift entstehenden Aufwendungen; Rückzahlungen, die sich auf die Kosten für Haushaltsenergie beziehen, bleiben insoweit außer Betracht.

Notizen



Am 07. Oktober wäre Ulrike Meinhof 75 Jahre alt geworden. Berühmt wurde sie als Gründungs und Führungsmitglied der „Rote Armee Fraktion“ (RAF). Erfolgreich war sie bis dahin aber auch als Journalistin. Als Zeitungsmann muss man einen solchen Geburtstag deshalb auch erwähnen. Die deutsche Filmregisseurin Helma Sanders-Brahms schreibt im Buch „Achtundsechzig ('68) und die Folgen“:

„Sie war und ist die wichtigste Journalistin, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hatte, und zugleich die, die am besten schrieb. Noch heute sind ihre Artikel in ihrer Schärfe und Klarheit das Beste, was man über jene Jahre, die sie analysieren, lesen kann. Ihre Texte sind so intensiv, dass sie nach Umsetzung drängen [...] Sie geben denen, die sie lesen, die Sicherheit, der Kampf gegen Ungerechtigkeit sei notwendig und lohne sich – wenn auch nicht materiell, so doch moralisch. Das machte sie, von der Gegenseite her gesehen, gefährlich.“ Um dies zu verdeutlichen hier ein Mini-Zitat der Meinhof:

„Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht.“

Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.“

Heizkosten sind individuell angemessen

Die Kosten der Heizung sind - ebenso wie die Kosten der Unterkunft - in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu erbringen, soweit sie angemessen sind. Bei der Angemessenheitsprüfung ist ein konkret-individueller Maßstab anzulegen. Die Angemessenheitsprüfung hat dabei getrennt von der Prüfung der Angemessenheit der Unterkunftskosten zu erfolgen. Die tatsächlich anfallenden Kosten sind als angemessen anzusehen, soweit sie nicht ei-

nen Grenzwert überschreiten, der unangemessenes Heizen indiziert.

(Quelle: BUNDESSOZIALGERICHT Urteil vom 2.7.2009, B 14 AS 36/08 R

DIE LINKE. "vergisst" Regelsatzerhöhung bei ALG II

Die gestärkt in den Bundestag eingezogene Linksfraktion hat in ihrer ersten Klausurtagung ein „Sofortprogramm“ verabschiedet. Ihre größte Wählergruppe, die Erwerbslosen, sind darin Nebensache. –

Die Freigrenzen beim Schonvermögen im SGB II - zur Alterssicherung und darüber hinaus - werden deutlich erhöht.

-Die Entgelte von Ferienjobs für Kinder von Hartz-IV-Beziehenden werden nicht auf die Höhe der Hartz-IV-Sätze angerechnet.

- Kinderregelsatz an Kindesbedarf anpassen! Entsprechend dem Urteil des Bundessozialgerichtes soll der Bedarf für Kinder und Jugendliche in der Grundsicherung eigenständig ermittelt und in der Folge deutlich angehoben werden.

-Ein Sanktionsmoratorium soll die Drangsalierung von Hartz IV-Beziehenden sofort stoppen. Unabhängig davon fordern wir die Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 im SGB II.

- Abschaffung des Konstruktes Bedarfsgemeinschaft im SGB XII und II für Erwachsene.

- Die gleichen Forderungen gelten auch für Menschen mit Behinderungen und andere Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe).

Alle diese Forderungen bleiben nicht nur weit hinter dem Wahlprogramm der Linkspartei zurück, sie können zugleich als Schnittmengen mit den GRÜNEN und mindestens mit Teilen der SPD aufgefasst werden. Ja, zum Teil sehen in diesen Fragen sogar CDU/CSU und FDP Handlungsbedarf.

Quelle: scharf-links.de

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Immer mehr Betroffene wehren sich vor Gericht gegen ihre ALG-II-Bescheide. Und über die Hälfte der Hartz-IV-Klagen ist zumindest teilweise erfolgreich.



Infos & Hilfe

Beratungsstelle n

ABC H ö h e n h a u s, V o n - K e t t e l e r - S t r. 2, 51061 K ö l n - H ö h e n h a u s, T e l. 646641

E c h o, A b e n d r o t h s t r. 20-22, 50769 K ö l n - S e e b e r g, T e l. 7008703

K A L Z, D G B - H a u s, H a n s - B ö c k l e r - P l. 1, 2. O G., T e l. 5461074

V i n g s t e r T r e f f, W ü r z b u r g e r S t r. 11 a, 51103 K ö l n - V i n g s t, T e l. 875485.

B e s c h w e r d e s t e l l e A r G e K ö l n
F e h l e r h a f t e A L G I I - B e s c h e i d e ? P r o b l e m e m i t d e m / d e r S a c h b e a r b e i t e r / i n ? » v e r s c h w u n d e n e « U n t e r l a g e n ? k e i n e n p e r s ö n l i c h e n A n s p r e c h p a r t n e r ? H i e r f i n d e n S i e d i e B e s c h w e r d e s t e l l e d e r A r G e : i n d e r A g e n t u r f ü r A r b e i t L u x e m b u r g e r S t r., 10. S t o c k .

B u c h s t a b e A, D, L, R, V, Y: F r a u G r e v e r s - P l e c k, Z i. 1030, T e l. 0221-9429-8381.

B u c h s t a b e B, S, T, W, X: H e r r H e r z o g e n r a t h, Z i. 1017, T e l. 0221-9429-8210.

B u c h s t a b e C, E, K, U, Z: H e r r G o t t s c h l i c h, T e l. 0221-9429-8378, Z i. 1001.

K ö l n e r M o n t a g s d e m o
J e d e n M o n t a g 18:00 v o r d e m D o m .

A b k ü r z u n g e n

ALG-II: A r b e i t s l o s e n g e l d I I (a u c h H a r t z - I V g e n a n n t) • A r G e : A r b e i t s g e m e i n s c h a f t z w i s c h e n d e r G e m e i n d e u n d d e r A r b e i t s a g e n t u r • A z : A k t e n z e i c h e n • B A : B u n d e s a g e n t u r f ü r A r b e i t • B S G o d e r B s o z : B u n d e s s o z i a l g e r i c h t • B T - D r u c k s a c h e : B u n d e s t a g s - D r u c k s a c h e • D i M a : D i s a b i l i t y M a n a g e m e n t d e r A R G E [D i s a b i l i t y = B e h i n d e r u n g] • K E A : K ö l n e r E r w e r b s l o s e n - A n z e i g e r • D i e K E A s e . V . : K ö l n e r E r w e r b s l o s e i n A k t i o n e . V . • P A P : P e r s ö n l i c h e r A n s p r e c h p a r t n e r • S G B : S o z i a l g e s e t z b u c h

Ärger mit der ARGE?



Die KEAs bieten jeden Mittwoch von 11:00 bis 14:00 im Rahmen ihrer Selbsthilfe eine Hartz-IV-Beratung an. Diese findet statt in den Räumen des Naturfreundehauses Kalk in der Kapellenstr. 9a Kalk (U »Kalk Kapelle«, Linien 1; 9 und 159).

Die Wahllösigkeit des Nichtwählers

Die RP-Online titelt am 27.09.2009 „Minusrekord bei Wahlbeteiligung“. Die Wahlbeteiligung von 72 % liegt fast 6 % unter der von 2005. Ob Bundestagswahl, Landtagswahl und Europawahl überall wurde eins klar: die Wahlbeteiligung sinkt.

Auch wenn etablierte Politologen, wie Werner Patzelt, Heinrich Oberreuter und Lothar Probst die Demokratie noch ungefährt sehen, denn mit „guter Politik“ wird schon alles funktionieren, scheint diese Aussage doch zu kurzichtig.

Demokratie gefährdet

Komplette Ignoranz des Nichtwählers gefährdet eben doch die Demokratie, wie der Kölner Sozialwissenschaftler Armin Schäfer feststellt. Er warf eine genauere Blick auf die Nichtwähler in einzelnen Stadtteilen verschiedener Großstädte in den letzten Jahren. Schäfer fand heraus, dass es in ärmeren Stadtteilen eine zunehmend geringere Wahlbeteiligung gibt, als in vermögenden Stadtteilen („Armut macht wahllos“, MPlfG Presseinformation vom 21.09.2009). Kurz gesagt: Stadtteile in denen eine hohe Erwerbslosenquote besteht, gehen weniger wählen. Beispielhaft hierfür ist die letzte Kölner Kommunalwahl. „So wählen in Chorweiler nur 25, in Hahnwald jedoch mehr als 60 Prozent der Wahlberechtigten“ berichtet Armin Schäfer.

Interessen der Nichtwähler

Das heißt eben auch: Ihre Interessen sind deutlich weniger vertreten. Dies ist umso wichtiger, weil die Wahlen laut Schäfer das massenwirksamste Instrument zur Politikgestaltung in einem demokratischen Land sind. Sie werden am stärksten wahrgenommen. Wenn also die Interessen der Besserverdienenden besser vertreten werden, wo bleiben dann unsere Interessen? Für wen ist diese Politik gut? An Hartz-IV wird festgehalten. Es wird höchstens ein bisschen „optimiert“ und „überarbeitet“.

Die etablierten Parteien

In den etablierten Parteien sucht man vergeblich effektive Programme, die Problematiken von Arbeitslosigkeit dem pfängen (1-Euro-Jobs, Sanktionspraktiken, Hilfenverweigerung etc.) aufgreifen. Debatten um Kindergeld, was kümmert es uns? Das Geld sehen wir sowieso nicht!

Die Jobcenter sollen reformiert werden. Das bedeutet übersetzt: Schicke neue Jobcenter, die mit immer mehr Druck Arbeit vermitteln sollen, die nicht vorhanden ist. CDU und FDP sind leider zu sehr mit dem Ausbau des Niedriglohnssektors beschäftigt, um sich um unsere Belange zu kümmern. Unser Alltag ist ihnen egal.

Hartz-IV grenzt politisch aus

Hartz-IV grenzt politisch aus. Die Möglichkeiten der Teilhabe am politischen Leben (politische Bildung, Vereinszugehörigkeit, Reisemöglichkeiten etc.) wird durch Armut verhindert. Deshalb ist das politische Desinteresse ärmerer Schichten eine logische Folge ihrer materiellen Armut. Warum wählen gehen, wenn für mich nichts dabei herauspringt? Gerade weil die Möglichkeiten begrenzt sind und der Einfluss von Wahlen auf die tatsächliche Politikgestaltung gering ist, sollten man ihnen nicht auch noch dieses Feld überlassen.

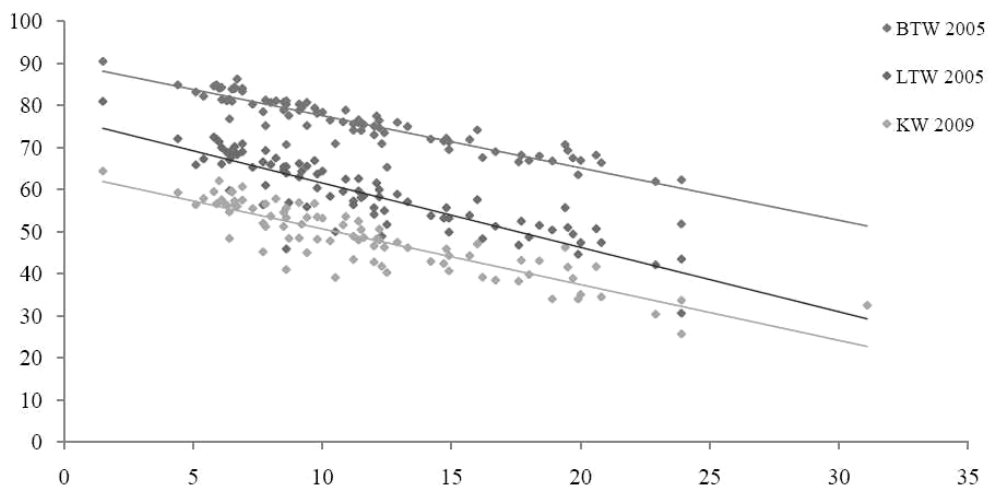
Überlasst ihnen nicht die Entscheidung

Überlasst die Entscheidung über die politischen Prozesse und deren Durchführung nicht einer kleinen politischen Elite, die nicht stellvertretend für die Bevölkerung ist.

Organisiert euch gegen Hartz-IV. Ausgrenzung und Spaltung: In der Familie, in der Nachbarschaft, in der Kneipe, in politischen Organisationen...

Und schließlich: Die Interessen von Erwerbstätigen und Erwerbslosen unterscheiden sich nicht so sehr. Jeder Erwerbstätige ist von Arbeitslosigkeit und Hartz-IV bedroht. (dru)

Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote in 86 Kölner Stadtteilen



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Köln.
Grafik: Wahlbeteiligung in Deutschland: Die soziale und räumliche Kluft wächst. Von Armin Schäfer, Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, Manuskript, 5. Oktober 2009

Ak tions tag „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Am Morgen nach 09:00 Uhr an der ARGE in der Luxemburger Str. begann ein hoffnungsvoller Auftakt des Aktionstages. Vielleicht um die 80 bis 100 Menschen hatten sich versammelt, die Zustände der ARGE bzw. Hartz-IV vor Ort unter die Lupe zu nehmen.

Die Geschäftsführung sei außer Haus, um wichtige Termine wahrzunehmen, berichtete ein ARGE- oder Agentur-Mitarbeiter. „Da hätten Sie Ihr Kommen etwas eher anmelden müssen.“ Anmelden?

Auch aus Solidarität mit den von einem Hausverbot belegten Mitsreitern und jene, die am 9. Juni von einer unverhältnismäßig brutale n Polize iattack e überm ascht wurden, ging's in die ARGE rein. Auf den engen Fluren machte die Menschenmassen richtig Eindruck. Ein Flyer, der sich sowohl an Betroffene, als auch an ARGE-Beschäftigte richtete, wurde in jedes einzelne Büro getragen und in den Wartebereichen verteilt. Bestimmte Abteilungen, wie z.B. der psychologische Dienst, und die Unterschiede zwischen Orientierungsservice, Front- und Backoffice wurden erklärt und beim andern Namensschildern auch so genannt. „Einzelfälle“ erörtert.

Und da war er dann doch!

Womöglich von irgendeinem „wichtigen“ Term in abberufen, letzte Geschäftsführer Müller-Starmann über den Flur der Meute entgegen, die sich dadurch nicht beirren ließ.

Nach dem ARGE-Rundgang wurden vor dem Gebäude Transpis gehisst und eine Lautsprecheranlage aufgebaut. Mal Musik, mal interessante Redebeiträge und spontane Unmutsbekundungen. Müller-Starmann hörte aufmerksam zu. Soweit, so gut.

Der kleine rote Traktor

Mit wehenden Fahnen – und zwar die von 'Die Linke' – düstern ein roter Traktor mit rotem Circuswagen und ein altes – na, klar – rotes Feuerwehrauto heran. Gemeinsam mit einigen Radfahrern

bildeten der rote Traktor, das rote Feuerwehrauto, die roten Parteifahnen und die grünen Polizeiautos einen Konvoi zum Schichtwechsel der von Kurzarbeit bedrohten Mitarbeiter bei KHD (Deutz) in Köln-Porz (Immerhin, welche Partei mobilisiert heute noch ihre eigenen Mitglieder zu demonstrativen Aktionen? Und, mal ehrlich, wer wusste nicht vorher, dass 'Die Linke' gerade Wahlkampftag?)

Am Flughafen

Anderer bewegten sich per Auto und öffentlichen Verkehrsmitteln zum Flughafen Köln-Bonn, um sich dort mit den von ARGE und Kötter – einem bekannten Sicherheits- und Personaldienstleister – ausgebeuteten Security-Arbeitern zu soli-

darisieren. Die nahmen die Solidarität gerne und couragiert an und auch die LKW-Fahrer anderer Firmen äußerten ihre Respekt für die solidarische Aktion.

Bei den am Flughafen beschäftigten Kötter-Mitarbeitern handelt es sich um durch die ARGE umgeschulte Erwerbslose, die hier noch als kostenlose Praktikant Kötter zur Verfügung stehen, ehe sie „günstigen Falls“ für einen Hungerlohn ihre Schichten schieben dürfen und im Falle des Falles dafür ihr Leben riskieren. (Und wer weiß für wie lange, da Praktikanten von der ARGE immer wieder „nachgeliefert“ werden. Hartz-IV macht's möglich!)

(KEA)



Bild: Jochen Lubig